

Zeugpreis:

Stichtag: 1. 10. 1919. monatlich 3.50 M. ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Voll u. Red' erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 9. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der Oberste Rat für Abrüstung.

London, 9. März. (Holländisch Newsbureau.) 'Daily Chronicle' gibt eine Uebersicht der Bestimmungen der Denkschrift des Obersten Rates.

Bildung eines Staatsrates, nach der der Staatsrat für den Erlaß von Verordnungen mit Gesetzeskraft, für die Beschlußfassung über die Aufbringung der für die Verwaltung erforderlichen Mittel, insbesondere über die Aufnahme von Anleihen und für Entscheidung in Angelegenheiten, die mehrere Verwaltungen betreffen, falls zwischen dem Verwaltungschef Meinungsverchiedenheiten bestehen, zuständig ist.

Von der Internationale.

Ein Untersuchungsausschuß nach Deutschland.

Das Internationale Aktionskomitee hat, wie schon gemeldet, einen Untersuchungsausschuß, bestehend aus den Genossen Duhmann, Henderson, Miktral und Bibaut gewählt, der die zurzeit in Deutschland herrschenden Zustände studieren soll.

Ein Staatsrat in Danzig.

Danzig, 9. März. Der Oberkommissar Sir Reginald Ewer erließ unter dem 5. März 1920 eine Verordnung über die

Die amtlichen Bekanntmachungen und Verordnungen des Staatsrates erfolgen durch das bisherige 'Regierungsblatt', welches in Zukunft unter der Bezeichnung 'Staatsanzeiger für Danzig' erscheint.

Rußlands Handelsaufnahme.

Paris, 9. März. Gabaud meldet aus Riga: Der Chef der Wirtschaftsabteilung der Sowjetregierung in Riga erklärte, daß Sowjetrußland mit Amerika, Schweden, Norwegen und Deutschland in Verbindung treten wolle.

Das neue Reichstagswahlrecht.

Der von uns schon auszugswweise wiedergegebene Entwurf des Reichsministeriums des Innern fasst für die künftigen Reichstagswahlen ein Verhältniswahlrecht, das sich in wesentlichen Punkten von dem bei den Wahlen zur Nationalversammlung und Preussischen Landesversammlung angewandten unterscheidet.

Im Grunde ist das neue Wahlverfahren das denkbar einfachste. Nur muß man, um es zu verstehen, sich vorher von einigen alleingewurzelten Anschauungen losmachen, namentlich von der Tradition, daß die Zahl der zu wählenden Abgeordneten bei der Wahl von vornherein feststehe.

Trotzdem erfolgt die Abstimmung nicht in der Weise, daß das ganze Reich einen einzigen Kreiswahlbezirk bildet. Um eine verlässliche Fühlung zwischen den Wählern und den Abgeordneten zu schaffen, ist das System kleiner Wahlkreise beibehalten worden.

Kesseltreiben gegen Professor Nikolai.

Des Behramtes für unwürdig erklärt.

Auf die bekannten Vorgänge im Kolleg des Professors Nikolai hin hat der akademische Senat der Berliner Universität sich mit der Angelegenheit beschäftigt.

Daß die an ihn gestellte Frage, ob Professor Nikolai würdig sei, seine Lehrtätigkeit an der Universität fortzusetzen, verneint werden muß.

Der ordnungswidrige Eingriff der Studierenden in die Lehrfreiheit wird aufs schärfste gerügt. — Der Spruch gegen Professor Nikolai wird zunächst begründet mit dem Vorwurf der Habnenflucht im Juli 1918, die jedoch dem Senat 'im milderen Licht' erscheint.

Die Mäßregelung eines Universitätslehrers auf Grund eines von ihm verfaßten wissenschaftlichen Werkes und wegen von ihm darin vorgetragener Ansichten kennzeichnet die Begriffe von 'akademischer Lehrfreiheit', wie sie heute von dem an den Universitäten herrschenden Professorenklüngel aufgefaßt werden.

Das Urteil gegen Nikolai gebürdet sich zwar nach Muster Noobiter Staatsanwälte, als sei es durchaus unpolitisch, es fußt aber in allen entscheidenden Punkten auf rein politischen Werturteilen.

Erzbergers Steuererklärungen.

Vorläufiges Prüfungsergebnis.

Berlin, 9. März. Die Untersuchung der Steuerangelegenheit des Reichsministers der Finanzen Erzberger ist auf Grund der Zeugenaussagen über den Prozeß Erzberger-Heisterich und der

Angaben in dem in der Sonntagsausgabe der 'Hamburger Nachrichten' vom 22. Februar erschienenen Artikel vom Landesfinanzamt Charlottenburg mit der größten Gründlichkeit und Beschleunigung geführt worden.

Obwohl die Untersuchung in einem Nebenpunkt noch nicht abgeschlossen ist, kann doch schon heute festgestellt werden, daß der Reichsminister der Finanzen in seiner Steuererklärung wissenschaftlich unrichtige Angaben mit der Absicht der Steuerhinterziehung nicht gemacht hat.

Fischerei in Bremerhaven.

Eine Ernährungsfrage.

Aus Bremen wird uns geschrieben:

Lebhaft bewegt die bremische Öffentlichkeit anlässlich des neuen preussischen Fischereigesetzes für Ostpreußen die Frage des Verhältnisses Bremens zu Preußen. Der alte preussische Staat hat sich durch seine protektionistische Wirtschaftspolitik gegenüber anderen Bundesstaaten bei der Bremer Bevölkerung keinen guten Ruf erworben.

Die eigentlichen Wahlkreise sind so zugeschnitten, daß bei normaler Wahlbeteiligung in jedem Kreis etwa vier Abgeordnete gewählt werden. Drei solche Wahlkreise zusammen bilden durchschnittlich einen Verbandswahlkreis.

Die Parteien haben nun in jedem Verbandswahlkreis die Wahl, ob sie Verbandslisten für die einzelnen Wahlkreise oder nur eine Liste für den ganzen Verbandswahlkreis aufstellen wollen.

Sämtliche Parteien stellen außerdem noch eine Reichsliste für das ganze Deutsche Reich auf. Aber diese wird direkt von keinem Wähler gewählt, sondern sie dient nur zur Ausnutzung von Stimmresten aus den Wahlkreisen bzw. Verbandswahlkreisen.

Die Ermittlung des Wahlresultats geschieht nun folgendermaßen: Zunächst werden die Abstimmungsresultate in den Wahlkreisen, soweit Wahlkreislisten aufgestellt worden sind, in den Verbandswahlkreisen, soweit Verbandslisten aufgestellt worden sind, ermittelt.

In unserem Verbandswahlkreis A möge die Partei, die in den Einzelwahlkreisen A, B und C Listen aufgestellt hat, in A 130 000, in B 100 000, in C 50 000 Stimmen erhalten haben; dann bringt sie in A zwei Abgeordnete durch, in B einen und in C keinen.

der Reichsliste. Aber natürlich kommen noch die Reste aus anderen Wahlkreisen hinzu.

Eine andere Partei habe in X nur eine Verbandswahlliste aufgestellt und 90 000 Stimmen darauf erhalten. Dann bekommt sie einen Abgeordneten und einen Stimmenrest von 20 000 für die Reichsliste gutgeschrieben.

Auf die Reichsliste werden die Parteien hauptsächlich solche Führer setzen, die große Leistungen aufzuweisen haben, die aber nicht zu bestimmten Kreisen in besonders enger Fühlung stehen. Unterläßt eine Partei die Aufstellung einer Reichsliste, so verliert sie damit die Ausübung ihrer Reststimmen. Der Wahleifer des Wählers wird dadurch angefaßt, daß wirklich je die Stimme an dem Wahlresultat mitwirkt. Es kommt nicht wie beim alten Reichswahlrecht nur darauf an, mehr Stimmen zu haben als der Gegner, sondern möglichst oftmals 60 000 Stimmen für die eigene Partei zusammenzubringen.

Die Bevorzugung irgendeiner Partei durch Wahlkreisbeilegung oder Wahlkreisreue ist bei dem neuen Wahlrecht vollkommen ausgeschlossen; auch der Zufall spielt kaum eine Rolle, er kann einer Partei höchstens im ganzen Reich ein Mandat kosten, nämlich wenn ihr letzter Stimmenrest nur um ein wenig unter 60 000 bleibt. Auch die komplizierte Rechnung, mit der unter dem früheren Verhältniswahlrecht das Wahlresultat ermittelt werden mußte, fällt jetzt weg. Sobald eine Partei ihre Stimmenswahl kennt, erhält sie mittels einer einfachen Division durch 60 000 die Zahl ihrer Mandate.

Der Einfluß der Nichtwähler ist vollkommen ausgeschlossen. Unter dem alten Verhältniswahlrecht, bei dem die Zahl der zu verteilenden Mandate von vornherein feststand, übten auch die Nichtwähler einen gewissen Einfluß auf das Wahlergebnis. Zum Beispiel im Wahlkreis Polen, wo die deutsche Bevölkerung Wahlenthaltung proklamierte, entfiel bei der Wahl zur Nationalversammlung infolge der schwachen Wahlbeteiligung durchschnittlich schon auf 10 000 abgegebene Stimmen ein Abgeordneter, in anderen Bezirken dagegen erst auf 70 000 bis 80 000 Stimmen. Die Wahlenthaltung der Polen müßte also den deutschen Parteien, die in Polen gerade am stärksten vertreten waren.

Jetzt zieht schwächere Wahlbeteiligung auch schwächere Vertretung nach sich. Enthält ein Teil der Bevölkerung sich der Stimme, so fällt eine entsprechende Zahl von Abgeordneten aus. Ist die Wahlenthaltung so stark, daß die Zahl der Abgeordneten zu gering zu werden droht, so läßt sich im äußersten Fall der Quotient von 60 000 entsprechend für das ganze Reich herabsetzen.

Die Adlon-Affäre.

Noch keine Entscheidung über die Haftbeschwerden.

Prinz Joachim Albrecht und Wittmeister von Bloten befinden sich zurzeit noch im Untersuchungsgefängnis Noobil in Schußhaft. Das vom Volkeigentümern geführte Ermittlungsverfahren ist abgeschlossen und die Sache auf den Weg der ordentlichen Gerichte überwiesen worden. Sie wird zurzeit von der Staatsanwaltschaft beim Kriminalgericht Noobil, und zwar vom ersten Staatsanwaltschaftssekretär Dr. Weismann, bearbeitet. Die Frage, ob die Schußhaft aufrechterhalten oder ordentliche Untersuchungshaft verhängt wird, bzw. ob die Angeklagten aus der Haft entlassen werden, wird vermutlich im Laufe des heutigen Nachmittags entschieden werden.

Die fortgesetzten Ermittlungen haben bisher neue Momente nicht ergeben. Belastungs- wie Entlastungszeugen bleiben mit voller Bestimmtheit bei ihren Angaben. Der Versuch eines hiesigen Spätabendblattes, die für den Prinzen schwer belastenden Auslagen der Kellner durch das Motiv zu erschüttern, daß die Angehörigen der französischen Mission stets gute Trinkgelder gezahlt hätten, verdient allerhöchste Zurückweisung. Soll diese Unterstellung sich übrigens auch auf den Besitzer des Hotel Adlon beziehen, dessen Auslagen mit denen seiner Angestellten durchaus übereinstimmen?

Der Kapitalkönig.

Ein großer Betrug und ein kleines Versehen.

Ueber zwei Stunden hatten sie schon zusammengeessen, die Millionen repräsentierenden Bankherren, die Industrielapläne, die Börsengrößen und die großen, großen Schreiber, und hatten an dem Plan gefacht, der ihnen die schon überfüllten Taschen zum Platzen, dem Volk aber neue Lasten, Preisserhöhungen, Rinsendruck bringen sollte. Da erhob sich der elegante schmale Direktor Heumann und brachte mit wenigen unerschrocken Augen abgewogenen Sätzen das ganze Gebäude zum Wanken.

Ein ungeheurer Tumult entstand. Man ging gegen Heumann an. Seine guten Freunde redeten auf ihn ein wie auf einen hässlichen Esel. Andere schrien schwere Injurien in die von ebenso schweren Importen gekwängerte Luft des Sitzungssaals: „So 'ne Gemeinheit! Verdammte Lust! Schieber! Gauner!“

Heumann lächelte spitz. Und während er schriebar auf das Reden seiner engeren Freunde achtete, merkte er sich genau jedes Wort, das ein Gegner prägte. Die sollten es nicht gut haben, wenn sich Gelegenheit bot. Er würde nicht vergessen, Herrrecht.

Alldem wurde es stiller. Der Vorsitzende ließ Heumann noch einmal sprechen. Gespannt achtete man auf jedes seiner Worte, die gemessen und gewogen herauskamen, ohne Stößen, mit eiserner Sicherheit. Es wurde allen klar: dieser Mann hatte zwei Stunden zugehört, ohne ein Wort zu äußern. Jetzt konnte er alle ihre Wünsche und Spielte Trumps mit ihnen. Er beherrschte die Situation, und die maßgebenden Bankleute stellten sich einer nach dem andern auf ihn ein. Sie wußten genau, daß dieser Mann einen großen aber auch einen ganz großen Gaunerzug gegen hatte, der ihm seine runden vier Millionen einbrachte, und sie mußten sehen, dabei nicht zu kurz zu kommen.

Heumann wußte es selber auch ganz genau. Er hatte sie alle in der Tasche. Sie gappelten sich ab, und er freute sich. Recht? Unrecht? Leere Worte für ihn wie für die andern. Aber er war der Stärkere, das heißt der Gewissenere gewesen. Seine Informationen waren genauer und bestimmter, seine Kalkulationen richtig gewesen. Eigene Schuld der andern. Aber das Geschick? Das ist für die Schwachen und — Dummen; die stolpern darüber und fangen sich in den Netzen. Heumann hatte eine Schere, die den Stahl durchschneidet — und die kein Gewissenlosigkeit.

Als er nach einer weiteren Stunde aus dem Haus trat, da lachte er Ludernd in sich hinein: Dummköpfe, sich so einseitig zu lassen! Vier Millionen! Das ist schon was.

Am Eingang zur Untergrundbahn, dem er jetzt zuging, stand ein altes Weibchen, das Zeitungen ausbot. Er nahm eine und gab der Alten zwei Pfennigstücke, zögerte eine Sekundenlänge und ging dann die Treppe hinab.

Preisgekrönter Monarchismus.

Bestrafte republikanische Gesinnung.

Den „Nachrichten des Republikanischen Führerbundes“ entnehmen wir folgende Darstellung:

Bei der 3. Komp. des Reichswehr.-Inf.-Reg. 115 in Posen hat zur Zeit des Unterrichtes des gewissen Reichs eine pietätvolle künstlerische Schmückung der Hakenkollernbilder unter persönlicher Leitung des Kompanieführers Hauptmann Klotzowsky stattgefunden. Um die Willkürverehrung und den Eifer zur Schmückung noch mehr anzuregen, sind drei Preise im Betrage von 25 M., 25 M. und 15 M. ausgesetzt worden. Die glücklichsten ersten Preisträger waren die Mannschaften einer Stubbe, die das Bildnis Wilhelms mit Souböor geschmückt zwischen die Betten geklemmt hatten.

Der Regisseur dieser Preisverteilung (Hauptmann Klotzowsky) hat den Unteroffizier Jander, der seine republikanische Gesinnung nie verleugnete und sich verschiedentlich im Gegenfah zum Hauptmann Klotzowsky an unehrdienlichen, politischen Angelegenheiten geäußert hat (er hat einmal einschlägigen Protest erhoben gegen das „Heil dir im Siegerkranz-Spielchen“ der Regimentskapelle) mit den Worten gekündigt: „Unterschiedliche mit einer solchen Gesinnung kann ich nicht gebrauchen!“ Jander ist Reichsheilsozialist.

Wir bemerken hierzu: Was nützen die Aufforderungen des Reichswehrministers an die sozialdemokratischen Eltern, ihre Söhne der Reichswehr zuzuführen, wenn nachher die Eingetretenen bei dem geringsten Widerspruch gegen monarchisches und reaktionäres Treiben wieder herausschlagen.

Aus Potsdam meldet uns ein zuverlässiger Gewährsmann, daß anlässlich der Auflösung der Potsdamer Unteroffizierschule dort wieder der übliche alldeutsche Nummel stattgefunden hat. Hofprediger (ohne Hof) Vogel und General Hoffmann hielten Ansprachen, wobei der Hofprediger das „Striehen“ und „Schinden“ in der alten Armee verpöndlichte und der General den „Kriegsprediger“. Daraus erfolgte Parademarsch vor mehreren Generalen, u. a. auch Prinz Eginund, und schließlich zogen die Truppen unter Mägen des „Heil dir im Siegerkranz“ durch die Stadt. Schwarz-weiß-rote Fahnen überall gab es das Gepräge.

Ein mißliebiger Landrat.

In der „Deutschen Tageszeitung“ wird wieder einmal Sturm gelaufen gegen den Genossen Bölow, den kommissarischen Landrat des Kreises Franzburg, weil er sich nicht in den Dienst der landwirtschaftlichen Arbeitgeber zwingen lassen will. Darf man das Blatt daran erinnern, daß Bölow, der durch sein erfolgreiches Eingreifen Anfang Februar eine umfangreiche Streikbewegung, die durch rücksichtslose Kündigungen von Arbeiterwohnungen entstanden war, beilegte, auf der Vaitter Tagung des Franzburger Kreistages bei 6 Stimmentalungen mit 17 Stimmen ein Vertrauensvotum erhalten hat? Die Vertrauensumgebung dieses Kreistages sollte der „Deutschen Tageszeitung“ maßgebender sein, als die ihr zugegangenen belanglosen Verleumdungen. Denn der Kreistag setzt sich aus 20 bürgerlichen (darunter 17 Deutschnationalen!) und nur 3 sozialdemokratischen Abgeordneten zusammen. Gen. Bölow hat es wirklich nicht nötig den Ruf nach seiner Amtsentsetzung erst zu nehmen. Er darf bei der Lesüre des Agrarprotokolls daran denken, daß das führende deutschnationale Mitglied des Kreistages, Graf v. Behr, erst kürzlich anonyme, wohl aus der gleichen Quelle kommende Angriffe gegen Bölow im „Straßburger Tageblatt“ als „majestät, haitloie und unrichtige Vorwürfe“ bezeichnet hat, die die schärfste Zurückweisung verdienen.

Ulrich Kaufher spricht am Donnerstag, den 11. März, abends 8 Uhr, im Sitzungssaal des Herrenhauses über: „Küßmärtige Politik, Recht und Unrecht der Opposition“. Der Vortrag wird veranstaltet von der Staatsbürgerliche e. V.

Der Zug polierte schon dem Westen zu. Heumann hatte in dem Blatt gelesen und wollte umwenden, als wie von ungefähr sein Blick auf die rechte obere Ecke des Blattes fiel. Da stand: Einzelpreis 15 Pf.

Hünsgeln Pfennige? Was denn? Heumann wußte, wie ihn das Blut zu Kopf stieg. Hünsgeln Pfennige kostete doch das Blatt, und die Alte hatte ihn gnawig abgenommen, hatte also ihn, den Direktor Heumann, glatt betrogen. Jawohl, betrogen. Nachweislich. Der Ausdruck bedeutete eine verlockende Verführung des Verkäufers an den Käufer, dem Käufer das Blatt zu diesem und zu keinem höheren Preis zu verkaufen. Das war...

Heumann sah sich aufgerichtet, seine Empörung länger zu verbergen. Das Auditorium der zweiten Klasse schien ihm gut gewählt. So sagte er mit halblauter aber scharfer Stimme: „Das ist denn doch — pardon — das ist denn doch der Gipfel proletarischer Unverschämtheit!“ Er erreichte, was er bezweckte: Man hörte ihn an.

„Hier steht ausdrücklich, daß die Zeitung 15 Pf. kostet. Das alte Weib aber nimmt mir, mein Gott, 20 Pfennig ab, und das mit einer Gemütsruhe, die von einer Gewissenlosigkeit zeugt, wie sie nur die Revolution und die gegenwärtigen anarchischen Zustände hervorgerufen. Die ganze Begabtheit der Massen und ihre nie zu stillende Gier sucht sich deutlich in diesem gemeinen Betrug.“

Die zweite Klasse roch es geradezu, daß hier einer der Herren, Kapitalkönig und Herrenmenschen, sprach, und sie gollte mit Kopfnicken und leisen Worten Beifall und Dank.

Niemand kam auf den Gedanken, daß sich die krummen Klammern Finger des alten Frauens in der Tasche verheddert hatten, als sie den fehlenden Sechser herausziehen wollten. Niemand ahnte, daß sich das alte Frauens stille Vorwürfe machte, daß der feine Herr wohl gar denken könnte, sie habe ihn absichtlich zu wenig herausgegeben. Niemand wußte, daß diese alte Frau das hatte, was den andern, die das Blatt lässlich und hässlich betrüger, nicht haben: ein Gewissen!

Das Abnahmeprotokoll Schick wird, wie jetzt ein Blick des preislichen Finanzministers entschieden hat, nur zu einem Teil für das neue Landesfinanzamt verwendet werden, und zwar längstens bis zum 31. März 1921. Andere Räume — vor allem der große Konferenzsaal und der Besprechungssaal — werden schon jetzt den stiftungswissenschaftlichen Sammlungen überlassen. Daraus ist zu schließen, daß der Wunsch, das ganze Schick für die Sammlungen zu gewinnen, später in Erfüllung gehen wird.

Wegen der Zugabeübernahme der Originalauswertende findet am 15. März, abends 7 1/2 Uhr, im Vemarsaale des Herrenhauses eine Protokollungsbildung der bildenden Künstler Berlins unter Führung des wirtschaftlichen Verbandes bildender Künstler statt.

Der Konflikt in der Gewerkschaftskommission

Die am Montag abgehaltene Plenarsitzung der Gewerkschaftskommission beschäftigte sich wie wir bereits in der heutigen Morgennummer berichtet, mit dem anlässlich der Betriebsratswahlen im Aufsicht ausgetretenen Konflikt. Derselbe ist der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden durch einen am 22. Februar im „Vorwärts“ veröffentlichten Aufruf, den die Aufsichtsmitglieder Köstlin, Lint, Albrecht, Bauer, Grünler und Ullrich unterzeichnet hatten. Eine von der Gegenseite gegen diesen Aufruf erhobene Beschwerde bildete den Gegenstand der Erörterungen der Versammlung.

Nach begründete die Beschwerde. Er sagte, am 17. Februar habe der Betriebsrat und die Geschäftsleitung der S. V. D. ein Flugblatt herausgegeben mit einer Fuhnote, aus der hervorgeht, daß die S. V. D. die Betriebsratswahlen zu einer Parteiangeliegenheit machen und eigene Listen aufstellen wolle. Erst infolge dieses Flugblattes und nach dessen Erscheinen habe die U. S. V. zu der Angelegenheit Stellung genommen und ein selbständiges Vorgehen beschlossen. Als dies in einem Aufruf in der „Freiheit“ zum Ausdruck kam, habe der „Vorwärts“ die Mitglieder der U. S. V. der Gewerkschaftsaggression beschuldigt. Nach diesen Vorgängen habe man erwartet, daß Köstlin eine Aufschüttung einberufen würde. Es habe das aber selbst nach wiederholter Aufforderung von Aufsicht und anderen Mitgliedern seiner Richtung nicht getan. Dann sei am 22. Februar der Aufruf von Köstlin und der fünf anderen Aufsichtsmitglieder im „Vorwärts“ erschienen. Darauf seien dann die übrigen Aufsichtsmitglieder zusammengetreten und hätten beschlossen, Köstlin solle eine Plenarversammlung einberufen. Köstlin sei dazu aufgefordert worden, er habe es aber abgelehnt und habe erklärt, die Aufsichtsmitglieder, die eine U. S. V.-Praxis gebildet haben, hätten sich dadurch und durch ihren Aufruf außerhalb des Aufsichtes gestellt der Aufsicht bestimme also nur noch aus den sechs übrigen Mitgliedern. Daraus hätten die auf dem Boden der U. S. V. lebenden Mitglieder ihren Aufruf zurückgezogen. Was dann habe sich Köstlin noch geweigert, eine Aufschüttung einzuberufen und habe erklärt, er habe die Angelegenheit dem Gewerkschaftsbund anvertraut, die Entscheidung müsse abgewartet werden. Nachdem dann nach alle von Köstlin verlangten Formalitäten wegen der Einberufung einer Aufschüttung erfüllt waren, habe Köstlin die Einigung endlich einberufen. Der Redner beantragt, Köstlin das schärfste Mißtrauen auszusprechen. Köstlin antwortete hierauf: Es handelt sich hier nicht nur um die Gegenfrage wegen der Betriebsratswahl, sondern darum, daß wir auf dem Standpunkt

der strikten Neutralität der Gewerkschaften stehen

und uns an die Beschlüsse des Münchener Gewerkschaftskongresses halten, wonach die bisherige Gewerkschaftskommission ein Organismus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist. Es andere Seite aber wir innerhalb der Gewerkschaft eine bestimmte politische Richtung vertreten und verlangen solche Selbstständigkeit. Infolge dieser Gegensätze haben sich die Dinge so zugefügt. Die harten Gewerkschaften, besonders die Metallarbeiter, haben ständig auf uns gedrückt, daß die Gewerkschaftskommission nur in ihrem Sinne arbeite. Die ersten Differenzen entstanden beim Metallarbeiterstreik. Da wurden wir völlig ausgeschlossen.

Der Streik der Maschinen- und Feiger ist ohne Zustimmung des Aufsichtes ins Werk gesetzt worden. Der Generalstreik der Metallarbeiter ist von der Aufsichtskommission und vom Roten Volkstrat gegen unseren Protest beschlossen worden. So sind wir als Zentralstelle der Berliner Gewerkschaften immer ausgeschlossen worden.

Man hat uns nur noch als Schwanz der Metallarbeiter betrachtet.

Auch der Beschluß gegen die Technische Hochschule ist und aufgeföhrt worden.

In der Frage der Betriebsräte waren wir anfangs vollkommen einig. Wir hatten eine Versammlung, die das Betriebsrätegesetz abgelehnt hat. Dann kam die Demonstration am 12. Januar, die von einer Anzahl von Gewerkschaftsvorständen mitveranstaltet

Die Länge der Charlette Para, am Sonntag mittig auf der Kommerzienstraße, übertrafen. Sie rissen nicht hin, garten nicht dämlich ein, aber sie erzwangen sich eine Hingabe des Schauens, die sich nur dort einstellt, wo feinstehende Kunst wirkt. Charlotte Paros Tanzmusik dichtet aus den Wurzeln einer primitivistischen Plastik. Was sie darstellt, ist gewonnen aus dem Willen zur Vervielfachung der Bewegungen in die einfachste Ausdruckssprache, und es beehrte jüngste Kunst. Die endachtmilde Stille göttlicher Domfiguren wird erschlossen; das Leben, das sie haben, beginnt sichtbar zu atmen; die Seele des Steins wird aus plastischer Gebundenheit erlöst, aber die Grenzen dieser Gebundenheit bleiben gewahrt, denn nur um den festlichen Inhalt, dessen Form sie bedeutet, ist es zu tun. Dies Begreifen war all den andern, die Eigenart der Künstlerin mehr noch als dies göttliche Motiv gegenüber den Tanzbildern wesentlich. Wie verfiel auch die Themen waren — ein Gang zum Nidiplos (nach einer allfranzösischen Melodie), ein Totentanz (nach Saint-Saens, etwa jüdisch inspiriert), ein Tanz ohne Musik, der die Umbildung eines profanen Höhenbildes in ein heiliges zu veranschaulichen suchte — immer entfalteten feilliche Vorgänge sich in strenger Bindung, so daß künstlerische Form sich bildete, die ein lebendes, artliches Genies übertrug. Wer solches Ziel sich stellt, in dem muß ein plastisches Ausdruckvermögen wirken, das seinem feillichen Geschehen gehorcht. Darin krachte auch der Reiz eines selbstkom ruhigen elastischen Tanges. Er war schon in der Form, weil diese Gewand einer tiefen Innerlichkeit der Bewegung war. Doch er war nicht das Wichtigste, wenn auch die Zuschauer, die bei bedeutamer Ursprünglichkeit nicht Mieden, ihn so zu nehmen schienen.

Theater. Im Großen Schauspielhaus geht in Vorbereitung des Spielplans am Sonntag und Sonntag, König D e b i t u s mit Wolff und alle Heim in Szene. — Am Reichstheater findet die Eröffnung des Schauspielers „Der Fall Bertmann“ (son am 12. März hat. Anfang 7 1/2 Uhr.

Der „Berliner Künstlerbund“, zu dessen Vorstehen seit Rich Weik und R. Rosenbaum gewählt worden sind, will im Frühjahr eine graphische Ausstellung veranstalten.

Ueber Vorkauf und Maler wird im „Kunstlerhand“, Volkswelt, 8, am 10. März, abends 7 Uhr, Maler Augustmann, Professor an der Universität des Kunstgewerkschafts.

Am der Unterrichtsamt des Reichlichen Kunstgewerkschafts, Prinz Albrechtstr. 8, beginnt das Sommersemester am 22. April. Anmeldungen im Zimmer 23 vom 15. bis 27. März, von 10-2 Uhr. Bewerber müssen Arbeiten vorlegen, die ein Urteil über ihre Befähigung und über Art und Umfang der bisher erworbenen Vorbildung gestatten. Aufnahmeprüfungen zu probeweiser Aufnahme vom 8. bis 14. April.

Nur Veränderung eines Reichsverbandes akademisch gebildeter Musiklehrer höherer Lehranstalten hat sich ein vorbereitendes Ausschuss gebildet. Hauptziel ist die Sammlung eines dem jetzigen Oberlehrerhande in Vorbildung, Reden und Vorträgen, Belohnung und Antisiegelung nötige gleichwertigen Auslieferung höherer Lehranstalten. Die Geschäftsführung hat einmütlich Dr. Richard Münch übernommen.

